

Frage des Tages

Muss der Fremdsprachenunterricht in den Schulen später beginnen?

Heute wird Französisch ab der dritten, Englisch ab der fünften Klasse gelernt. Soll dies verschoben werden? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage vom Samstag:
Hat die Regierung beim ÖV per Schiff richtig entschieden?



Ein Flop, den niemand sofort stoppen will

Trotz negativer Studien halten die Kantone an den zwei Fremdsprachen in der Primarschule fest

Von Thomas Dähler

Liestal/Luzern/Zürich. Wer bei Lehrerinnen und Lehrern nachfragt oder sich bei Eltern umhört, hat es längst mit Gewissheit erfahren: Das Schweizer Fremdsprachensystem mit einer ersten Fremdsprache in der dritten Primarschulklasse und einer zweiten in der fünften Primarschulklasse ist ein Flop. Auch Studien und Tests belegen inzwischen, dass zwei Frühfremdsprachen in der Primarschule nicht zu den erhofften Zielen führen. Doch die Politik bleibt stur und will die Projekte nicht abbrechen. Die beiden Basel sind bis 2018 vertraglich an das Projekt Passepartout gebunden. Eine halbe Generation wird damit leben müssen, dass sie in der Schule als Versuchskaninchen für ein unausgereiftes Sprachenkonzept gehalten musste.

Der kürzlich ausgebrochene Konflikt um die Weiterbildung der Sekundarlehrerinnen und -lehrer im Baselbiet hat es bestätigt: Auch im Baselbiet, wo die ersten Frühfranzösisch-Geschädigten im Sommer in die Sekundarschule übertreten, hält die Bildungsdirektion an der obligatorischen Weiterbildung für Sekundarlehrkräfte fest und zementiert damit das Konzept der Frühfremdsprachen weiter: Die traditionelle Sekundarlehrerausbildung ist offenbar ungenügend, um Schülerinnen und Schüler mit vier Jahren Primarschul-Französisch zu übernehmen.

Rad lässt sich nicht zurückdrehen

«Ich kann das Rad nicht zurückdrehen», hatte Bildungsdirektorin Monica Gschwind schon im letzten Herbst ihr Bedauern über die offensichtlich ausweglose Situation ausgedrückt. So werden denn weiterhin hohe Summen für unergiebige Sprachstunden, für unnötige Weiterbildungskurse und für teure neue Lehrmittel in ein falsches Sprachenkonzept investiert.

«Wer den Unterricht einer zweiten Fremdsprache aus der Primarschule verbannen will, kann dies mit Sicherheit nicht mit wissenschaftlicher Forschung begründen», lautete kürzlich das merkwürdige Fazit der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) aufgrund einer Studie der Danish Clearinghouse for Educational Research, eine Synthese von 43 internationalen Untersuchungen. Der erfahrene Sprachlehrer und landesweit bekannte Blogger Urs Kalberer hat jedoch aufgedeckt, dass das Fazit der EDK bloss der eigenen Rechtfertigung dient, befasst sich doch die dänische Studie vor allem mit den Auswirkungen des bilingualen Unterrichts auf weitere Fremdsprachen. Strittig sind in der Schweiz aber der Zeitpunkt des Fremdsprachenstarts und die



Unerreichte Lernziele. Die von Didaktikern veranstalteten Sprachbäder bleiben erfolglos. Bild aus «Mille feuilles»

zweite Frühfremdsprache. Zum frühen Beginn der zweiten Fremdsprache hält auch die dänische Studie fest: «Je älter die Schüler beim Start einer Drittsprache sind, desto besser scheiden sie in Leistungsprüfungen ab.»

Diesen Monat nun haben die Ergebnisse der Fremdsprachenevaluation aus sechs Innerschweizer Kantonen die Verdikte von Lehrkräften und Eltern bestätigt: Bei der ersten Fremdsprache ist der Erfolg bescheiden, bei der zweiten überhaupt nicht vorhanden. Die vom Institut für Mehrsprachigkeit der Universität Freiburg erstellte Studie zeigt Ernüchterndes auf. Beim Hören, Lesen, Schreiben und Sprechen der zweiten Fremdsprache – in der Innerschweiz Französisch – erreichen in der sechsten Klasse nur gerade mal 34 bis 54 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Ziele des Lehrplans. In der achten Klasse, wo die angehenden Gymnasiasten nicht in

die Studie einbezogen wurden, sind es gar bedenklich tiefe 10 Prozent, die beim Sprechen und Hören die Lernziele erreichen; 30 bis 40 Prozent sind es beim Lesen und Schreiben. Das brutale Fazit: Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, die nicht aufs Gymnasium geht, wird nach der Schulzeit kein Französisch können, trotz frühem Fremdsprachenunterricht. Etwas besser ist es bei der ersten Fremdsprache, in der Innerschweiz Englisch. Dort erfüllen immerhin 60 bis 65 Prozent der Achtklässler beim Lesen und Schreiben die Ziele des Lehrplans.

Früher ist nicht besser

Die Studie der Universität Freiburg zur Innerschweiz bestätigt demnach, was das Kompetenzzentrum Linguistik der Universität Zürich schon 2014 herausgefunden hat: Früher ist nicht besser. Der frühe Fremdsprachenunter-

richt zahlt sich nicht aus, bilanziert die Studie von Prof. Simone Pfenninger. Die Frühfremdsprache wirkt sich sogar negativ auf die Erstsprache aus. Nachgewiesen hat Pfenninger, dass die guten Kenntnisse der Erstsprache (bei vielen die Muttersprache) entscheidend für die Fortschritte in den Fremdsprachen sind. Mit anderen Worten: Erst wer gut Deutsch spricht, lernt auch gut Englisch und Französisch. Das spricht klar gegen Frühfranzösisch oder Frühenglisch in der dritten Klasse. Das Fazit, das viele Bildungspolitiker nur ungern zur Kenntnis nehmen: «Aus dem frühkindlichen Fremdsprachenunterricht ergeben sich keine kurz- oder langfristigen Vorteile.»

Beide Schweizer Studien widersprechen den bisher von den Sprachdidaktikern vertretenen Thesen. Im vergangenen Frühling noch hatte Professorin Christine Le Pape von der Pädagogischen

Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz der BaZ gesagt, entwicklungspsychologische Voraussetzungen sprächen für einen möglichst frühen Start mit einer Fremdsprache.

Die Realität ist anders

Doch die in Solothurn tätige Fachdidaktikerin ging von einer idealen Schulsituation aus: Französisch finde in den Primarschulen nicht nur in den zwei oder drei Lektionen der Stundentafel statt, meinte die Professorin, denn vorgesehen sei eine Mehrsprachen-didaktik. In der Realität aber ist dies kaum irgendwo der Fall.

Die zurzeit vorliegenden Studien vermochten bisher keine Korrekturen einzuleiten. Auch in der Nordwestschweiz wird bis zum Ende des Projekts Passepartout 2018 nichts passieren. Daran ändern auch die Initiativen im Baselbiet nichts. Diese kommen zu spät.

Verwirrung um Kosten von Polizeihelikopter

Baselbieter Polizei verzichtet auf Grathilfe der Armee – wie teuer der eigene Heli ist, scheint jedoch unklar

Von Serkan Abrecht

Liestal/Basel. Vor einigen Wochen setzte die Baselbieter Polizei auf die subsidiäre Beihilfe der Armee und forderte einen «Super Puma» für eine nächtliche Suchaktion an. Dieser Einsatz am Birsack war wohl einer der letzten in Zusammenarbeit mit der helvetischen Luftwaffe. Wie die BaZ letzte Woche berichtete, wird die Polizei Basel-Landschaft ab dem Mai nächsten Jahres bei Helikoptereinsätzen auf eine Maschine der Kantonspolizei Zürich setzen und nicht mehr auf den Super Puma.

Bezüglich des Datums für den Strategiewechsel handelt es sich um eine Fehlinformation, wie die Baselbieter Polizei einräumt. Der Eurocopter vom Typ «Ecureuil» der Kantonspolizei Zürich stehe der Behörde bereits im Mai zur Verfügung, sagt Roland Walter, Sprecher der Polizei Basel-Landschaft. Der Helikopter wurde von der Heli-Linth AG im Glarus gechartert, und der Umbau kostete die Zürcher 2,1 Millio-

nen Franken. Diese Kosten trug die Zürcher Behörde alleine. Jährlich fallen jedoch noch 600 000 Franken Betriebs- und Unterhaltskosten an. Die Kantone St. Gallen, Aargau, Baselland, Schwyz und Appenzell Ausserrhodens nutzen den Helikopter mit und übernehmen dafür gut zwei Drittel der Kosten, wie die Kapo Zürich mitteilte und auch die NZZ sowie der Tages-Anzeiger berichteten. Aus diesen Berichterstattungen geht hervor, dass es sich um einen jährlichen Pauschalbetrag handelt.

Ein «Defizitgeschäft»

Doch von einem solchen Pauschalbetrag wissen die Baselbieter nichts. «Die Polizei Basel-Landschaft trägt keine Unterhaltskosten für den Helikopter», sagt Walter. Kosten für die Polizei entstehen laut Walter nur, wenn der Helikopter für einen Einsatz hinzugezogen wird. «Die Kosten werden in Flugminuten abgerechnet. Diese sind je nach Einsatzdauer und der Ausrüstung, die mit dem Helikopter angefordert

wird, unterschiedlich. Deshalb kann keine Pauschalsumme genannt werden. Diese Kosten werden gemäss Einsatzabrechnung durch die Polizei Basel-Landschaft getragen», so Walter.

Marc Besson, Sprecher der Zürcher Polizei, ist allerdings verwirrt ob der Antwort seiner Kollegen aus dem Baselbiet. Das mit den Kosten für einen Helikoptereinsatz sei korrekt, er gehe aber ebenfalls davon aus, dass die Baselbieter Polizei einen Teil der anfallenden Unterhaltskosten trage.

Nachträglich fügt die Baselbieter Polizei ihrer Antwort noch hinzu, dass die Unterhaltskosten durch die Flugminuten gedeckt würden. Die Frage nach den Kosten für einen Helikoptereinsatz bleibt also im Endeffekt unbeantwortet. Da die Polizei im Durchschnitt nur einen Einsatz pro Jahr mit dem Helikopter fliegt, bleibt offen, ob dadurch die Unterhaltskosten gedeckt werden. Der Einsatz des Super Puma der Armee wäre weiterhin kostenlos, doch weil der Zürcher Helikopter benutzt wird, ist der

Super Puma «obsolet», heisst es bei der Baselbieter Polizei.

Hanspeter Weibel, SVP-Landrat und Ersatzmitglied der Finanzkommission, findet diese Geschäft der Polizei stark erklärungsbedürftig. «Die genauen Hintergründe für die Entscheidung, auf den Helikopter der Zürcher zurückzugreifen, müssen ausgeleuchtet werden. Für das Baselbiet, wo momentan jeder Fünftägler zweimal gedreht werden muss, scheint dies auf den ersten Blick ein defizitäres und untaugliches Geschäft zu sein», sagt Weibel.

Armee nimmt es gelassen

Die Armee sieht der Trendwende, dass Kantonspolizeien vermehrt auf die subsidiäre Beihilfe der Luftwaffe verzichten möchten, gelassen entgegen. Im vergangenen Jahr flog die Luftwaffe 462 Einsatzstunden zugunsten verschiedener Polizeien im Land. Auch wenn diese Zahlen sinken würden, hätte dies keine Auswirkung auf die Miliz- und Berufspiloten der Armee,

sagt Delphine Allemant von der Schweizer Luftwaffe. «Die Luftwaffe schätzt die Zusammenarbeit mit der Polizei und ist jederzeit bereit zu unterstützen. Die Luftwaffe ist aber nicht darauf angewiesen, dass die Polizei die fliegerische Leistung nur bei der Luftwaffe bezieht», sagt Allemant. «Sucheinsätze für die Polizei erfordern gemeinsame Trainings, aber keine zusätzlichen Ausbildungssequenzen, da das fliegerische Know-how für derartige Einsätze sowohl bei den Miliz- als auch Berufspiloten grundsätzlich vorhanden ist.» Der Vorteil der Luftwaffe sei jedoch, dass sie 365 Tage im Jahr zu jeder Zeit für die Polizeikräfte kurzfristig zur Unterstützung hinzugeholt werden könne.

Momentan prüft auch die baselstädtische Polizei, ob sie sich ebenfalls von der Luftwaffe unabhängig machen und auf die kostenlose Hilfe verzichten möchte. «Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es zu früh, über deren Arbeit, Erkenntnisse oder Resultate zu sprechen», sagt Polizeisprecher Andreas Knuchel.